Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 15 (1925)

Heft: 8

Rubrik: Politische Wochenrundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Wochenschau.

Die auf den März anberaumte nächste Völkerbundstagung in Genf wirft bereits ihre Schatten voraus. Es sollen ihr interallierte Besprechungen über die dort zu lösenden Probleme vorausgehen. Herriot wird in diesen letzten Februartagen nach London hinüberreisen, um sich mit Baldwin und Chamberlain zu besprechen. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Frage der Kriegsschulden und dann um das Sicherheitsproblem.

Ueber die erstere Frage ist die Diskussion schon in voller Entwicklung. Sie ist in Fluß geraten durch das offiziöse Erkundigungsschreiben nach London und das britische Antwortschreiben nach Paris. Die englische Regierung stellt sich nun endgültig auf den Boden der Balfournote. England will von Frankreich und seinen übrigen Kriegsschuldnern nicht mehr fordern, als es nach Amerika schuldig ist. Dies bedeutet schon an und für sich einen großmütigen Schuldenerlaß an den Kontinent; denn die französische und italienische Schuld an England allein übersteigt die englische an Amerika um einige zwanzig Prozent. Die Balfournote enthält noch einen Vorbehalt, der für die Schuldenliquidation eine günstige, für den europäischen Frieden aber eine ungünstige Seite in sich schließt. Die französischen Schulden sollen in dem Betrage abgeschrieben werden, in dem die deutschen Reparationen und eine eventuelle Schuldenabzahlung Rußlands England Einnahmen verschaffen. Dadurch wird Frankreich an der Durchführung des Zwangverfahrens gegen den deutschen und russischen Schuldner doppelt interessiert. Aber leider nicht im Sinne der Pazifizierung Europas; denn je stärker der Druck des Gläubigers, umso widerspenstiger wird der Schuldner. Sehr viel weniger gefährlich in dieser Beziehung wäre der leider verworfene Vorschlag des englischen Staatsökonomen Prof. Keynes, daß England und Amerika zusammen sich mit einem Drittel der französischen Reparationsquote begnügen sollten. Da wären alle Alliierten gleichmäßig an den Reparationen interessiert und Frankreich nicht zum Eintreiber gestempelt worden.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, begreift man das Bestreben Frankreichs, die Schuldfrage mit der Sicherheitsfrage zu verbinden und für beide gleichzeitig die Lösung zu suchen. Denn für Frankreich ist das künftige Verhältnis mit Deutschland noch wichtiger als die Finanzfrage. Erst wenn mit dem großen Nachbar die Versöhnung herbeigeführt ist, kann Frankreich aufatmen und seine drückenden Militärlasten abwerfen. Hier scheinen die Amerikaner den Franzosen nicht das nötige Vertrauen entgegenbringen zu können. Sie glauben, diese erstreben mit ihrem Rüsten nicht sowohl die Sicherheit als die kontinentale Hegemonie, und darum sind sie unerbittlich in der Schuldforderung. Die Regierung Baldwins kommt in dieser Hinsicht Frankreich besser entgegen, wohl weil sie in ihrer Weltpolitik die gleichen Grundsätze verfolgt wie Frankreich Deutschland gegenüber: erst die Sicherheit, dann die Abrüstung.

Anderseits möchten die Engländer entgegen dem Wunsche Frankreichs die Sicherungsfrage nicht mit der Schuldenfrage verknüpft wissen. Sie schlagen neuerdings einen englisch-französischen Militärpakt vor, der zunächst die Sicherheit der französischen Kanalhafen zu garantieren hätte. Zur Verwirklichung der völligen Sicherheit müßte dann auch Deutschland für die Allianz gewonnen werden.

Eine Kabinettssitzung des Kaisers von Annam mit seinen Ministern.
Ein interessantes Bild des Kaisers von Annam mit seinen Ministern nach einer Kabinettssitzung. Zu der Sitzung tragen die Anwesenden besonders prunkvolle Amtsgewänder. Es ist das erste Mal, daß der Kaiser von Annam mit seinem Ministerrat in ihren Galakleidern photographiert wurde.

Dr. Luther hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Aber man darf als selbstverständlich annehmen, daß er als conditio sine qua non die Annullierung des Versailler Vertrages verlangen wird. Das ist ein neuer Berg von Schwierigkeiten, hinter dem sich in unabsehbarer Perspektive die künftigen Schwierigkeiten anreihen werden. Es ist nicht glaubhaft, daß der „deutschnationale Friede" kommen wird; denn hinter den Dr. Luther und Stresemann stehen die Westarp und Tirpiz und hinter diesen die Hohenzollern, die Habsburger und die Romanows und wie die Reaktionäre alle heißen. Der Weg Dr. Luthers und seiner Hintermänner bedeutete das Wiederaufflammen des Weltkampfes zwischen Monarchismus und Demokratie und ist schon darum aussichtslos; denn die Demokratie läßt sich den gewonnenen Sieg nicht mehr aus den Händen winden.

Es wäre allerdings verfehlt zu glauben, der demokratische Gedanke, d. h. die das Recht auf breitester Grundlage pflegende staatsbürgerliche Gesinnung sei im heutigen Europa so fest verankert, daß die Reaktion überall erfolglos gegen ihn ankämpfe. In allen Ländern sind reaktionäre Kräfte an der Arbeit, die neue Ordnung zu untergraben und die alten Zustände wieder herbeizuführen.

In England arbeitet sich unter der Aegide der Konservativen ein rückschrittliches Wirtschaftssystem, das System der Schutzzölle, langsam heraus. Umsonst lehnen sich Labour und der Liberalismus dagegen auf. Wir wissen am schweizerischen Beispiel, wie es geht. Die Regierung verspricht den Zollschutz zuerst bloß den „bedrohten" Industrien und will von Fall zu Fall prüfen. Aber dann kommt eine Industrie um die andere und fordert gleiches Recht. Und bald ist der Zollring geschlossen; denn erfahrungsgemäß geht das Abbauen der Zölle nicht so leicht wie das Aufbauen. Wenn England heute seine freihändlerische Tradition aufgibt, dann gibt es sie leicht für immer auf. Mit dem Frühling des Völkerfriedens, den die Dichter besingen, dürfte es dann wieder einmal auf lange hinaus vorbei sein.

Das Frankreich Herriots macht innerpolitisch zur Stunde einen guten Eindruck. Die Demokratie wacht auch über das Wohl des Einzelbürgers. Der Getreidehausse ist man sofort mit staatlichen Maßregeln begegnet; die Freunde des Getreidemonopols haben wieder Terrain ge-

wonnen. Den Spekulanten dürften etliche ihrer Felle davongeschwommen sein. Herriot hat schweren Stand gegenüber der Hochfinanz, die immer und immer, so auch neulich, mit Machinationen gegen den Frankenkurs intriguiert. Wilde Gerüchte von Nationalisierung der Eisenbahnen und Verpfändung an Amerika, von einer Art Dawesplan, werden gegen ihn losgelassen. Die Eisenbahngesellschaften haben gegen ihn mobilisiert, weil er für den Staat das Besetzungsrecht über die obersten Stellen in Anspruch nimmt. Gleichzeitig aber hat seine Regierung durch den Beschluß des sozialistischen Kongresses in Grenoble, Herriot weiterhin loyal zu unterstützen, eine mächtige Stärkung erfahren. Herriot kann getrost nach London und Genf fahren; das französische Volk steht mehrheitlich hinter ihm.

Weniger erfreulich ist das Verhältnis zwischen Volk und Regierung in vielen andern europäischen Staaten. Spanien mag zuerst genannt sein. Primo de Rivera ist neuerdings nach Marokko abgereist, um die nach Raisulis Abfall treu gebliebenen Stämme neu zu organisieren. Er läßt ein geknebeltes Volk zurück, das auf seine Mißerfolge Befreiungspläne aufbaut.

In Italien hat Mussolini wohl sein neues Wahlgesetz unter Dach gebracht. Das Vertrauen des Volkes aber müssen ihm die Wahlen im Frühling erst noch bringen.

Wenn sie aber wie die Wahlen in Jugoslavien ausfallen, so erfüllen sie diesen Zweck in keiner Weise. Dort hat Passitsch und sein Großserbentum zwar eine kleine Mehrheit erreicht, aber unter Umständen, die mit Demokratie und Volksfreiheit nichts zu tun haben. Die kroatische Opposition wurde vor den Wahlen ihrer Führer beraubt und dadurch desorganisiert; der Führer der deutschen Partei, Dr. Kraft, wurde mißhandelt; an Terror hat es nicht gefehlt, trotz des Versprechens, daß die Wahlen völlig frei sich vollziehen sollten. Für den Wahltag selber mag das Versprechen gehalten worden sein, nicht aber für die Zeit der Wahlvorbereitungen.

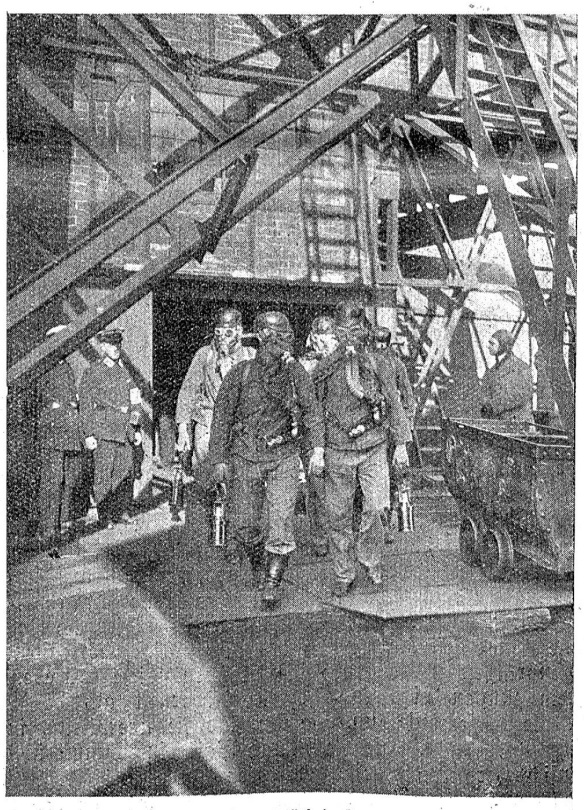
Ueberall, wo eine Parteidiktatur das Ruder in der Hand hat, herrscht innerer Unfriede und Zersetzung. In Ungarn hat sich unter Hortys Regiment der Monarchismus prächtig entfaltet, so daß die Habsburger jetzt schon ihre Saat heranreifen sehen. Wenigstens die, welche mit Zitas intriguengeschliffenen Brillen schauen. Horty hat aber am Regieren selber Gefallen gefunden, und er hat keineswegs im Sinn, den monarchistischen Hafer, so unreif wie er heute noch ist — dies im Hinblick auf die europäische Lage gesagt — in die legitimistische Scheune einzufahren.

Auf der Höhe seiner Macht steht heute Mustapha Kemal, der Diktator von Angora. In der Patriarchatfrage ging es ihm bisher noch ganz nach Wunsch. Konstantin IV. ist nach Athen abgeschoben. Eine neue Etappe der „Entfremdung" der Türkei soll in Angriff genommen werden. Auch das griechische Kapital soll aus Konstantinopel verdrängt werden; vorläufig hat Kemal den Besitz von drei großen griechischen Bankiers beschlagnahmen lassen. Der Patriarchatskonflikt wird an der Märztagung des Völkerbundes zur Sprache kommen, da die Griechen um Intervention eingekommen sind. Kemal darf der Aussprache getrost entgegensehen; denn durch die Interpellation des Erzbischofs von Canderbury im Unterhaus, diese Frage betreffend, weiß man, daß England sich nicht in Kosten stürzen wird. Nur keinen Krieg deswegen! tönte es von der Ministerbank her. Und die Franzosen sind da schon gar nicht zu haben. So bleibt den Griechen nur die Selbsthilfe übrig; einstweilen suchen sie die Anlehnung an Jugoslavien.

In Deutschland wird das öffentliche Interesse in Spannung gehalten durch die immer größer werdende Lawine der Kandalprozesse. Der Reihe nach sehen sich ehemalige Minister und andere Parteigrößen in den Schlamm hineingezogen. Was zuerst eine parteifreundliche Gefälligkeit sein mochte, wurde durch die splendide Art, wie sich die Finanzgrößen um Bramat und Kutisker revanchierten, zur gemeinen kriminellen Bestechung. Die Leidtragenden sind im Falle Bauer, Hoefle, Richter u. a., die Sozialdemokratie und das Zentrum. Zur guten Stunde griff der ehemalige Reichskanzler im Reichstag mit seinem Votum ein, das jede Verantwortung seiner Partei, des Zentrums, für die Veruntreuungen des Postministers Dr. Hoefle ablehnt und in geharnischtem Ausfall die deutschnationale Presse als den Haupturheber der politischen Korruption bezeichnete. Und auch die Sozialdemokraten haben durch Ausschluß Bauers aus der Partei die Verantwortung für dessen Verbindungen mit dem Schiebergelichter abgelehnt.

Ob es nunmehr unter den gegebenen Umständen dem an Stelle Brauns vom preußischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählten ehemaligen Reichskanzler Dr. Marx gelingen wird, eine tragfähige Regierung zu schaffen, unter Ausschaltung der Sozialdemokraten, das mag füglich bezweifelt werden.

Das große Grubenunglück in Dortmund, das am 12. Februar die Zeche „Minister Stein" betroffen und 139 Todesopfer gefordert hat, ließ für kurze Zeit den politischen Hader in Deutschland verstummen. Es gäbe in der Tat des Leides und Unglücks in der Welt genug, der Menschheit von der Natur auferlegt, und alle Gründe wären vorhanden, sich zur gemeinsamen Abwehr dieser gemeinsamen Uebel die Hände zu reichen: Wann wird endlich diese Erkenntnis über den menschlichen Unverstand triumphieren? -ch-



Zum Grubenunglück in Dortmund.
Die erste Schicht der Rettungsmannschaften verläßt nach ihrer schweren und traurigen Arbeit den Unglücksschacht.

Letzten Montag wurden die Opfer der Grubenkatastrophe in Dortmund unter gewaltiger Teilnahme von ganz Deutschland beigesetzt. Alle großen Arbeiterverbände hatten ihre Vertreter geschickt. Die Abgeordneten der Bergleute waren in ihren Kostümen erschienen, die preussische Regierung war durch zwei Minister vertreten. Von Courrié es erschien eine spezielle Abordnung französischer Bergarbeiter. Am Trauerzug, mit zahllosen Musikkorps und Tausenden von Kränzen, mochten bis 50,000 Personen teilgenommen haben.